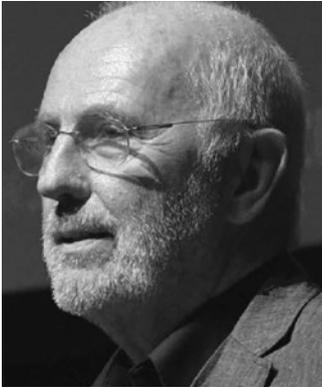




Klaus Selle

Selbst gemachte Stadt. Fragezeichen



Die „selbst gemachte Stadt“ hat Konjunktur – und mit ihr die „Stadtmacher“. Man redet viel von ihnen. Aber was eigentlich ist gemeint? Selbsterklärend ist der Begriff nur auf den ersten Blick. Betrachtet man ihn etwas länger, entstehen viele Fragen. 15 davon werden hier gestellt. Der französische Philosoph René Descartes hat schon im 17. Jahrhundert den „methodischen Zweifel“ zum Ausgangspunkt jedes Erkenntnisfortschritts ausgerufen. Dieses Zweifeln richtet sich nicht an Wirklichkeiten, sondern z.B. an die Bilder und Begriffe, die man sich von ihnen macht. Es ist daher auch nicht „destruktiv“ zu verstehen, sondern kann zum Beispiel der Identifikation des begrifflichen Kerns einer noch unscharfen Bezeichnung dienen. Genau das ist Zweck der folgenden Fragezeichen.

1. Fremd gemacht?

Manche, die zum ersten Mal von der „selbst gemachten“ Stadt hören, werden wohl mit dem Kopf schütteln. Schauen Sie sich an, wer die Städte baut, könnten sie hinzufügen, lesen Sie die Bauschilder: Immobilienunternehmen, Developer, Baukonzerne – und hinter denen stecken die Banken. Die machen die Städte – sagen die einen. Das verkennt aber die Bedeutung der Fachleute – sagen andere. Sind es nicht die Städtebauer, die die Städte planen? Und nach deren Plänen sich die Städte entwickeln? Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat schließlich der Dresdner Architekt und BDA-Mitbegründer Cornelius Gurlitt lapidar festgestellt: „Stadt und Landschaft sind ... des Städtebauers Werk.“ Wer nun weder Developer noch Städtebauer ist, wird an dieser Stelle möglicherweise abwinken: Letztlich sei es egal, wer von denen die Städte „macht“ – die ökonomischen Akteure oder die vielen Fachleute des Entwerfens, Planens und Bauens. Für die Einwohnerinnen und Einwohner der Städte liefe das aufs Gleiche hinaus: Ihnen wird etwas vorgesetzt, was andere planen und bauen. Stadt wäre demnach „fremdgemacht“. So – oder so.

2. Selbst gemacht?

Was aber kann dann die Rede von der „selbst gemachten Stadt“ bedeuten? Ist es schierer Euphemismus, der von den Realitäten absieht? Oder lässt sich ein Bedeutungskern erkennen, der auf Wirklichkeiten verweist? Bei der Suche nach dem Inhalt eines Begriffs ist es oft hilfreich, sich dem sozusagen von der Gegenseite zu nähern. Wenn also „fremdgemachte“ dadurch gekennzeichnet ist, dass „Stadtmacher“ und „Stadtnutzer“ verschieden sind, die einen also ein Stück Stadt für andere produzieren (die sie oft gar nicht kennen), dann hieße selbst gemacht: Die beiden Rollen fallen in eins, man baut für sich selbst. Kurzum: Die Identität von Produzent und Nutzer wäre dann zentrales Merkmal der selbst gemachten Stadt.

3. Viele?

Aber wo ist das der Fall? Wer baut Stadt für sich selbst? Die Antwort ist einfach: In großen Teilen unserer Städte ist die Identität von Nutzern und Produzenten das vorherrschende Prinzip. Man schaue nur in einen Katasterplan auf die Einfamilienhausgebiete der Städte. Auf jeder Parzelle herrscht die durch das Grundgesetz gewährleistete und durch Artikel 14 Absatz 2 GG nur mühsam gebändigte Freiheit der Eigentümer. Sie bauen und wirtschaften auf eigenem Grundstück – für sich. Und sie bringen dies in Gestalt und Nutzung der Flächen und Gebäude zum Ausdruck. Auf ihre Weise. Selbst gemacht eben.

4. Stadt?

An dieser Stelle gilt es inne zu halten, um einen Kurzschluss zu vermeiden. Denn bis hierher war „selbst gemacht“, gleichsam unter der Hand, mit „selbst gebaut“ gleichgesetzt. Aber besteht die Stadt nur aus Gebäuden, Gebautem? Mitnichten. Menschliche Ansiedlungen jeder Art sind vor allem soziale Gebilde. Der Moderator der Fernsehsendung „titel, thesen, temperamente“, Max Moor, hat das in der Ankündigung einer Ausstellung eines französischen Street-Art-Künstlers (der sich hinter dem Kürzel JR verbirgt) so zusammengefasst: „Eine Stadt ist nicht einfach eine Stadt. Sie existiert durch die Menschen, die in ihr leben und überleben, die sie prägen und ihr Persönlichkeit geben. Zeitgeschichte, soziale Konflikte, politische Spannungen... alles wird gemacht und ertragen – vom Menschen. Ob in New York, Rio de Janeiro, Berlin oder...“

Aus dieser Perspektive ergibt sich eine überraschende Antwort auf die Frage, wer denn die Stadt „macht“:

5. Alle?

Wir alle wirken – in unterschiedlicher Weise – an der Entwicklung unserer Umfelder und Umwelt mit, leben sie, prägen sie – in sozialer, kultureller, ökonomischer, ökologischer und (auch) baulicher Hinsicht. Ob wir nun wohnen, arbeiten, ein-



kaufen, Sport treiben... immer hat unser Handeln gleichsam nebenbei oder gezielt und absichtsvoll Auswirkungen – auf die Städte und ihre Entwicklung.

6. Hoffnung?

Dass Städte nicht auf ihre bauliche Erscheinung reduziert werden dürfen, ist eine alte Erkenntnis. Schon Augustinus von Hippo stellte im 5. Jahrhundert fest, dass Stadt eben nicht nur aus Straßen und Häusern bestehe, „sondern aus Menschen und ihren Hoffnungen“. 1.100 Jahre später griff Giovanni Botero in seinem Hauptwerk „Della ragione di stato“ diesen Gedanken auf und fügte etwas Wesentliches hinzu: „Eine Stadt, sagt man, sei eine Ansammlung von Menschen, die zusammenkamen, weil sie hofften, auf diese Weise besser und glücklicher leben zu können.“ Diese Hoffnungen sind sicher im 21. Jahrhundert andere als damals. Man wird daher immer wieder aufs Neue bestimmen müssen, was die Menschen zu gemeinschaftlichem Tun anstiftet und ihr Handeln leitet.

7. Ungleich?

Allerdings sind die Voraussetzungen, in der Stadt zu leben, die Chancen, eigene Lebensentwürfe zu verwirklichen, sich zum Beispiel ein „Stück Stadt“ – allein oder mit anderen – anzueignen und die Möglichkeiten, Stadtleben mit zu prägen, kurz: Stadt zu „machen“, sehr ungleich verteilt. Schon seit der wissenschaftlichen Diskussion über Selbsthilfe wissen wir, dass es eben nicht die Schwächsten in der Gesellschaft sind, denen diese Option zur Verfügung steht. Noch grundsätzlicher wird es angesichts der angespannten Wohnungsmärkte in vielen Großstädten. Dort steigen die Mietpreise drastisch. Menschen mit geringem Einkommen können da nicht mithalten. Sie werden an die Ränder der Städte gedrängt – und darüber hinaus. Kein Problem, sagen einige Ökonomen: Wer 30 Kilometer vor die Städte ziehe, finde dort wieder ein bezahlbares Mietniveau. Man kann eine solche Haltung zynisch nennen: Das Faktische wird zur Norm erhoben. Und diese „Norm“ lautet: Der Immobilienmarkt bestimmt, wer in den Städten lebt und an ihren Entwicklungen teilhat.

8. Stadtandersmacher? Ein Zwischenresümee

Wenn die Rede vom „Stadt machen“ nicht beliebig sein soll, sondern auf Spezifisches zielt, so lassen sich aus den ersten Fragezeichen vorläufige Antworten gewinnen: Gemeint sein können wohl nicht wir alle, die wir mit unserem Alltagshandeln auf Stadt einwirken (Ziff. 4/5). Auch unterscheiden sich die hier gemeinten „Stadtmacher“ anscheinend von jenen, die millionenfach auf bauliche Weise Stadt machen und ihr Gesicht prägen – ob es nun die großen Unternehmen sind oder die auf kleinen Parzellen für sich Wirtschaftenden (Ziff. 1–3). Das legt eine Vermutung nahe: Die „Stadtmacher“, von denen hier die Rede ist, unterscheiden sich von allen anderen durch ihre Absichten. Sie wollen etwas anderes oder etwas anders machen... Um sie also unterscheidbar zu machen, nennen wir sie vorerst „Stadtandersmacher“. Aber was könn-

te das andere sein? Geht es um den Kampf gegen die Ungleichheiten der Chancen, gegen die Ungerechtigkeiten, die die Marktdynamiken erzeugen? (Ziff. 7) Geht es um Hoffnungen auf ein „besseres Leben“ in der Stadt? (Ziff. 6) – vielleicht um beides, in jedem Fall um eine Veränderung des Status quo.

Wer Gegebenes nicht einfach hinnehmen, sondern ändern will, überwindet Indifferenz, macht sich auf. Genau das ist der gemeinsame begriffliche Nenner jeden bürgerschaftlichen Engagements. Womit eine erste Zuordnung möglich wird: Beim „Stadtandersmachen“ könnte es sich um eine Form bürgerschaftlichen Engagements handeln. Hier ergreifen Menschen die Initiative, um ihre Kritik an herrschenden Zuständen in den Städten in Handeln umzusetzen. Das scheint bei der Suche nach dem Begriffskern weiterzuhelfen. Aber es bleiben noch viele Fragezeichen:

9. Land?

Wieso eigentlich Stadt machen? Ist auf dem Lande die Welt in Ordnung? Auch dort wirken Machtungleichheiten und Marktgesetze, auch dort gibt es Kritik an herrschenden Zuständen und auch dort ergreifen nicht wenige die Initiative, um daran etwas zu ändern. Die Bezeichnung „Stadt machen“ beinhaltet also eine willkürliche Eingrenzung und könnte schon aus diesem Grunde beiseitegelegt werden. Beim Nachdenken über eine allgemeinere Bezeichnung landet man dann allerdings wieder beim „Bürgerschaftlichen Engagement“. Denn es trifft das bislang Gemeinte am ehesten – und ist räumlich offen. Allerdings ist dieser begriffliche Mantel möglicherweise zu weit. Denn wenn man Revue passieren lässt, welche Projekte und Initiativen dem „Stadt machen“ zugeordnet werden, so scheint es sich dabei vor allem um Aktivitäten zu handeln, die in irgendeiner Weise räumlichen Ausdruck finden. Das lässt an die Bezeichnung „Raumpioniere“ denken, die auch in diesem Zusammenhang geprägt wurde. Aber da grenzt möglicherweise der zweite Wortteil das Gemeinte unzulässig ein. Denn mit vielem betreten die „Andersmacher“ durchaus, wie gleich zu zeigen ist, kein Neuland, sondern stehen in einer Tradition, deren Kenntnis in Praxis und Konzeption von großer Bedeutung ist oder doch sein könnte. So bleibt also vorerst nur festzuhalten, dass hier ein spezifisches Segment bürgerschaftlichen Engagements gemeint ist, für das es bislang noch keine passende Bezeichnung gibt.

10. Neu?

Es gab immer wieder Versuche, die Voraussetzungen für ein gutes Leben in Stadt und Land nicht von Gesetzen des Marktes oder allein von staatlichem/kommunalem Handeln abhängig zu machen. Man denke nur an die frühsozialistischen Experimente im 19. Jahrhundert, die Lebensreformbewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die zur etwa gleichen Zeit mächtig entfaltete Gemeinwirtschaft und viele andere mal revolutionären, mal sozialreformerischen Bewegungen. Alles das endete (in Deutschland) nicht mit Nationalsozialismus und Krieg, sondern fand auf vielfältige Weise Fortsetzungen,



wenn auch lange im Schatten öffentlicher Aufmerksamkeit. Noch immer sind z.B. Genossenschaften vergleichsweise „sichere“ Orte inmitten der Marktturbulenzen.

Grell wurde das Licht der Öffentlichkeit erst wieder in den 1970er Jahren: Im Gefolge der studentischen Revolten entstanden (etwa mit der „Komune-Bewegung“) Lebens- und Wohnformen ausdrücklich als Gegenentwürfe zum gesellschaftlich Gewohnten. Ähnlich spektakulär die Hausbesetzungen der 1980er Jahre. Seither gibt es einen breiten Strom von Selbsthilfebewegungen, die in Stadt und Land auf vielfältigste Weise wirksam werden – und in der wiederum „junge“ Genossenschaften eine wichtige Rolle spielen. Zweifellos sind sie alle „Andersmacher“. Ebenso wenig neu sind auch viele Rahmenbedingungen, unter denen die Initiativen handeln. Wiederum nur ein Beispiel: Viele der Projekte in Stadt und Land finden in Schnittbereichen öffentlicher und privater Akteure statt. Das zwingt zu Kontakten zwischen Sphären, deren Handlungslogiken sehr verschieden sind. Lösungen für dieses Problem sind nicht einfach zu haben, aber durchaus schon oft beschrieben worden – wie etwa die Herausbildung intermediärer Akteure, die Aufgaben der Vermittlung zwischen diesen Sphären übernehmen.

Ein Wandel ist allerdings bemerkenswert: Früher fanden viele der experimentellen Gegenentwürfe oft keine gesellschaftliche Akzeptanz und wurden als Spinnerei und Sektierertum abgetan – wenn sie nicht gar, wie bei den Hausbesetzungen, kriminalisiert wurden. Heute scheint das anders zu sein. Davon künden jedenfalls die vielen Unterstützungsangebote fürs „Stadtmachen“, die inzwischen selbst Eingang in die Nationale Stadtentwicklungspolitik gefunden haben...



Abb. 1: Alles Stadtmacherinnen und Stadtmacher? Akteure aus Projekten, die mit Mitteln des NRW-Landesprogramms „Initiative ergreifen“ gefördert wurden (Quelle: Kerstin Bohnsack u.a. 2008: Initiative ergreifen – Bürger machen Stadt. Düsseldorf)

11. Überfordert?

Der Blick auf die Selbsthilfebewegungen lehrt ein Weiteres: Viele Initiativen scheitern. Je schwächer die gesellschaftliche Stellung ihrer Mitglieder, ihre ökonomische Potenz, ihre „bargaining power“ etc. ist, umso größer das Risiko des Scheiterns. Das war historisch nicht anders: Auch die frühe Genossenschaftsbewegung war nicht dadurch geprägt, dass sich die Benachteiligten der Gesellschaft sozusagen am eigenen



Schöpfe, durch schiere Solidarität, aus ihrer gesellschaftlichen Zwangslage befreit hätten. Richtig ist vielmehr, dass die erste Gründungswelle der Genossenschaften v.a. durch (groß-)bürgerliche Mäzene mitfinanziert wurde und nach dem Ersten Weltkrieg staatliche Gesetzgebung und finanzielle Förderung die Entstehung und Stabilisierung des Genossenschaftswesens begünstigten. Damals wurde eine Art Tauschverhältnis institutionalisiert: Förderung durch Geld oder Grundstücke gegen Bindung (Sozialbindung, Kostenmiete etc.). Zur Abwicklung dieses Tausches, zur Kooperation mit fördernden Institutionen, entstanden auch damals schon intermediäre Strukturen. Deren Aufgaben waren aber nicht in der Stabilisierung der Relation Bewohnergenossenschaften-Staat erschöpft. Sie boten zugleich den Genossenschaften Gründungshilfen und technische Dienstleistungen an. So entstanden komplexe arbeitsteilige Strukturen. Sie waren eine zentrale Voraussetzung für das Entstehen der Genossenschaftsbewegung.

Was hier für den Bereich der genossenschaftlich organisierten Initiativen gesagt wurde, gilt jedoch für Selbsthilfe in den Handlungsfeldern der Stadt- und Raumentwicklung generell: Sie kann nur unter bestimmten Bedingungen mobilisiert werden, sie „funktioniert“ nicht voraussetzungslos. Welcher Art und wie komplex diese Voraussetzungen sind, hängt zweifellos von der Art der Aufgabe ab, der sich die Initiativen widmen.

12. Gemeinwohl?

Dass sie Wesentliches zum Gemeinwohl beitragen, scheint gleichsam ein Definitionsmerkmal der „Stadtandersmacher“ zu sein. Vielfach leiten sie daraus einen besonderen Anspruch auf Unterstützung und Förderung ab. Aber ist das generell gerechtfertigt? Kann man überhaupt ohne Weiteres „Gemeinwohl“ für sich reklamieren? Die Antwort lautet: Nein. Denn Gemeinwohl ist eine „Bestimmungsleistung“ in pluralistischen Gesellschaften. Es muss, wie es seinerzeit in der Enquete des Bundestages zum Bürgerschaftlichen Engagement hieß, „zwischen den gesellschaftlichen Gruppen ausgehandelt werden“. Anders verhält es sich bei der „Gemeinnützigkeit“. Die lässt sich anhand gesetzlich definierter Kriterien feststellen.

Natürlich ist die Gemeinwohlorientierung in vielen Fällen unstrittig, ja geradezu mit Händen greifbar. Da gilt zum Beispiel dort, wo vormalig kommunal bereitgestellte Angebote in Dorf und Stadt verloren gingen und durch bürgerschaftlich betriebene Einrichtungen ersetzt wurden – etwa die Bürgerbäder, Nachbarschafts- und Kulturzentren und vieles mehr. Aber nicht immer ist das so eindeutig. Wenn eine Baugruppe für sich ein neues Zuhause schafft – warum sollte das anders bewertet werden als das Eigenheim einer einzelnen Familie? Und wenn die Skateranlage, die Jugendliche mit viel Engagement auf einer Brache bauen, in der Nachbarschaft als erhebliche Störung empfunden wird, dann stellt sich auch die Frage, wie es denn hier um das Gemeinwohl und die Aushandlung zwischen gesellschaftlichen Gruppen steht. Womit unmittelbar die nächste Frage aufgeworfen wird:

13. Demokratie?

Bürgerschaftliches Engagement wird oft auch als eine Ausdrucksform lebendiger Demokratie angesehen. Aber gilt das in allen Fällen? Zweifel sind angebracht. Wie das Beispiel der Skateranlage zeigt, kann es sich auch um die Selbstermächtigung von Gruppen handeln, die das, was andere von ihren Projekten halten, wenig schert. Dieses „Wir machen unser Ding“ ist sogar oft Voraussetzung für innovative Lösungen. Würde man immer erst alle fragen, kämen sie nicht zustande.

Auch mit dem Erproben demokratischer Umgangsformen innerhalb der Initiativen ist es nicht immer weit her. Sie leiden vielmehr oft an überkomplexen Aushandlungsprozessen und nicht selten macht erst „leadership“ die Gruppen handlungsfähig. Man wird nicht bestreiten können, dass auch dies Formen der Einübung in gemeinsames Handeln und der Teilhabe an der Entwicklung des eigenen Lebensumfeldes sind. Aber auch dies leidet unter der „kumulativen Selektivität“, die vielen Partizipationsangeboten eigen ist: Die ohnehin Engagierten finden ein weiteres Betätigungsfeld.



Abb. 2: 100 Jahre „Stadt anders machen“ – eine Kollage

14. Bedeutung?

Quantitativ sind die Projekte und Initiativen, von denen hier die Rede ist, in der Gesamtmenge aller Aktivitäten, die Stadt und Land in ihrer baulich-räumlichen Entwicklung prägen,



wohl eher als Randerscheinung zu bezeichnen. Aber das war nie anders. Die dominierenden Mechanismen der Bau-, Boden- und Kapitalmärkte sind ebenso wie die Handlungsrou-tinen administrativer Systeme sehr beharrlich. Anfangs lassen sich bestenfalls Nischen schaffen – und nutzen. Dieser Nutzen kann in der Etablierung von Gegenentwürfen und in der Veränderung von Denkgewohnheiten bestehen, die dann auch über die Nische hinaus Wirkung entfalten. Wie weit diese Wirkung reicht, hängt von Ratlosigkeit auf der einen und der Qualität der Gegenentwürfe auf der anderen Seite ab.

Einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit: Die Frage, was denn aus den „Grenzen des Wachstums“ zu folgern sei, war etwa in den 1980er Jahren Anstoß und Anlass für viele Projekte, die man heute dem „Stadtmachen“ zuordnen würde. Die Ratlosigkeit angesichts zugespitzter Sanierungskonflikte und Hunderter besetzter Altbauten ließ zu gleicher Zeit alternative Sanierungsträger entstehen. Die schon erwähnte Aufgabe von Freibädern, Sportstätten etc. aus kommunaler Verantwortung eröffnete in den 1990er Jahren neue Aufgabenfelder bürgerschaftlichen Engagements. Die andauernden Schrumpfung-prozesse in ländlichen Räumen und der Verlust von sozialen Infrastrukturen aller Art ließen wiederum z.B. viele erfolgreiche Initiativen entstehen, denen es gelang und gelingt, „Dritte Orte“ zu erhalten oder zu schaffen... Und alles das führte über die Jahrzehnte hinweg zu einem neuen Bewusstsein von der Leistungsfähigkeit der Zivilgesellschaft. Was sind heute entsprechende Herausforderungen, worin besteht heute gesellschaftliche Ratlosigkeit – auf die zivilgesellschaftliche Initiativen Antworten geben könnten? Sind es die Wohnungsnot in den Städten, der Klimawandel, die Spaltung der Gesellschaft...?

15. Also?

Noch ist die Bezeichnung „Stadtmachen“ zu sehr Modewort, noch ist die damit assoziierten Bewegung, die Stadt und Land durch eigenes Handeln anders machen will, viel zu heterogen, als dass man schon so etwas wie eine zusammenfassende Einschätzung versuchen könnte. Noch sind Differenzierungen wichtig und pauschale Etiketten zu meiden. Aber nach dieser kurzen Reise, der Kompassnadel René Descartes folgend, kann man immerhin davon ausgehen, dass es sich bei dem Gemeinten um aktuelle Erscheinungsformen von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement in Handlungsfeldern der Stadt- und Raumentwicklung handelt.

Was aber sind deren spezifischen Inhalte und Anliegen? Welche Gegenentwürfe kommen in ihren Projekten zum Ausdruck? Was also könnte – zum Beispiel – ihr möglicher Gemeinwohlbeitrag sein? Das sind weitere Fragen, denen man sich widmen muss. Um sie zu beantworten, ist eine Empirie gefragt, die über das Nebeneinanderstellen von Einzelfällen hinausgeht. Davon kann hier jetzt nicht mehr die Rede sein. Aber es lässt sich abschließend fragen, was denn das heutige „Stadt-selber-anders-machen“ von seinen Vorgängern unterscheidet. Dazu vier Vermutungen:

- Als erste ist die schon erwähnte gesellschaftliche Akzeptanz zu nennen, auf die viele der Projekte heute stoßen. Das sichert keine reibungsfreie Umsetzung der Ideen, ist zweifellos aber eine wichtige Ressource.
- Wesentliches Merkmal heutiger Initiativen sind zudem die Kommunikations- und Vernetzungsstrategien, die ihnen zur Verfügung stehen. Davon machen sie kreativ und mit erheblicher Wirkung Gebrauch.
- Auch die Ideen des Crowdfunding können Initiativen einzeln und im Verbund stärken und sie in gewissen Grenzen unabhängig von der früher oft überlebenswichtigen Beschaffung öffentlicher Unterstützung machen.
- Womit auf einen letzten, womöglich wesentlichen Unterschied hingewiesen wird: Viele der heutigen Initiativen sehen sich nicht mehr in bipolarer Konfrontation zu öffentlichen Akteuren, sondern als (potenzielle) Kooperanden in einem weiten Akteursfeld. Co-Creation heißt eines der Stichwörter.

Wenn sich herausstellt, dass dies mehr ist als eine schnell verderbliche Wortschöpfung, könnte das auf einen qualitativen Sprung bei der Entwicklung bürgerschaftlicher Initiative in Stadt und Land hinweisen, der ganz besondere Beachtung verdient. Man darf gespannt bleiben.

Prof. Dr. Klaus Selle

NetzwerkStadt – Forschung. Beratung. Kommunikation GmbH, Schwerte

Hinweis

Die hier angesprochenen Themen werden ausführlicher behandelt in:

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus; insbesondere Texte 1 (Lorenzetti Code) und 2 (Wer ist die Stadt?).

Selle, Klaus (2018): Stadt entwickeln. insbesondere die Texte B 2 (NIMBY, LULU und der Eigensinn) und D 3 (Urbanität für wen?).

Zur Frage, welchen Beitrag Initiativen (im Wohnbereich) für die Quartierentwicklung leisten (können/wollen), hat der vhw ein Forschungsprojekt initiiert, das von plan zwei (Hannover) bearbeitet wird (vgl. auch den Beitrag von Ulrich Berding und Kirsten Klehn in diesem Heft).